

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Gernot Erier MdB zum Erfordernis, der Störanfälligkeit des modernen industriellen Systems Rechnung zu tragen: Verteidigungskonzeption auf Zivilisationsverträglichkeit überprüfen.  
Seite 1

Helmut Wieczorek MdB zum aktuellen Stand der Arbeiten am Bundeshaushalt 1989: Wo bleibt der angekündigte Subventionsabbau?  
Seite 3

Waltraud Steinhauer MdB zur Dominanz der Männer in den Verbänden: Bessere Chancen für Frauen im Sport.  
Seite 4

Dr. Uwe Jens MdB zur Notwendigkeit, Entwicklungshemmnisse zu beseitigen: Kommunale Wirtschaftsförderung intensivieren.  
Seite 6

43. Jahrgang / 107

8. Juni 1988

Verteidigungskonzeption auf Zivilisationsverträglichkeit überprüfen

Zur Erfordernis, der Störanfälligkeit des modernen industriellen Systems Rechnung zu tragen

Von Gernot Erier MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Aktuelle Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß entgegen den sich wiederholenden Verlautbarungen der Bundesregierung eine grundlegende Überprüfung der westlichen Verteidigungskonzeption notwendig ist.

Der Moskauer Gipfel hat erneut erwiesen: in Ost und West gewinnt die Einsicht an Boden, daß unter den Bedingungen der modernen Technostruktur hochindustrialisierter Länder weder konventionelle noch atomare Kriege führbar oder gar gewinnbar sind. Was uns aber bisher fehlt, sind die Folgerungen aus dieser Einsicht für eine zivilisationsverträgliche und konsensfähige Landesverteidigung in Friedenszeiten.

Die Störanfälligkeit des modernen industriellen Systems wächst. Es hätte der aktuellen Ökokatastrophe in der Nordsee gar nicht bedurft, um zu belegen, daß bei der Gefährdung lebenswichtiger Elemente wie Luft, Wasser und Boden die Grenzen der Belastbarkeit bereits überschritten werden. Technische und industrielle Betriebsunfälle wie Tankerhavarien, Brände in Chemiewerken oder Störungen in Atomkraftwerken können unter diesen Umständen zur Existenzgefährdung ganzer Regionen führen. Verteidigungsmaßnahmen müssen in ihrer Art, ihrem Umfang und ihrer Durchführung anders und entschiedener als bisher auf diese Gesamtsituation Rücksicht nehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verleiher Umwelt  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Ein erster Schritt dazu wäre ein zu fördernder umfassender Bericht der Bundesregierung zur Zivilisationsverträglichkeit der heute gültigen Verteidigungskonzeption. Ein solcher Bericht muß alle Aufwendungen und Übungen zur Aufrechterhaltung dieser Konzeption in die Wertung einbeziehen. Unter anderem sollten dabei folgende Punkte vordringlich untersucht und beurteilt werden:

- Die Gefährdung von Atomkraftwerken, Anlagen der chemischen Großchemie und anderer sensibler Einrichtungen unserer modernen Technostruktur durch militärischen Flugbetrieb;
- der Verbrauch von Grund und Boden und die Umweltbelastung durch militärische Einrichtungen und militärische Übungen;
- Nutzung und Verbrauch von wertvollen Ressourcen und qualifizierter menschlicher Arbeitskraft für militärische Zwecke;
- die Beeinträchtigung der Lebenssicherheit, der Gesundheit, der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität eines Teils der Bevölkerung durch militärischen Tiefflug und andere militärische Übungen;
- die finanziellen Belastungen und Risiken der gegenwärtigen Verteidigungskonzeption einschließlich fiskalischer Auswirkungen auf andere zur Erhaltung von Zivilisation und Umwelt relevanter Bereiche.

Dieser Bericht soll nicht nur Zustände beschreiben, sondern auch Alternativen aufzeigen. Sie ergeben sich aus den zahlreichen Entwürfen anderer Verteidigungskonzeptionen, aus einer realistischen Beurteilung der Aussichten auf Abrüstung und Rüstungskontrolle und aus der Bewertung von neuen technischen Entwicklungen. Vor allem müssen Alternativen herangezogen werden, die eine spürbare Verbesserung der Zivilisationsverträglichkeit der Landesverteidigung versprechen.

Ein Antrag der Freiburger SPD, der diese Forderung zum Gegenstand hat, liegt dem SPD-Bundesparteitag in Münster im August dieses Jahres vor.

(-/8.6.1988/rs/ks)

**Wo bleibt der angekündigte Subventionsabbau?**

Zum aktuellen Stand der Arbeiten am Bundeshaushalt 1989

Von Helmut Wieczorek MdB  
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Am 7. Januar 1988 hat das Bundeskabinett dem Bundesfinanzminister angesichts der drastisch steigenden Neuverschuldung folgenden Auftrag gegeben:

„Im Haushaltsjahr 1989 muß die Nettokreditaufnahme des Bundes um mindestens zehn Milliarden DM zurückgeführt werden. Dies soll durch Subventionsabbau, Erhöhung spezifischer Verbrauchsteuern und konsequente Ausgabenbegrenzung erfolgen. Die entsprechenden Beschlüsse sollen vor der Sommerpause 1988 in Verbindung mit dem Nachtragshaushalt und der Vorbereitung des Etatentwurfs 1989 gefaßt werden.“

Fünf Monate später steht so gut wie fest, daß Stoltenberg scheitern wird, diesen Beschluß umzusetzen. Statt die Subventionen abzubauen, werden sie weiter steigen (Kohle, Luftfahrt). Die Ausgaben werden sich 1989 - wenn überhaupt - nur mit Tricks auf 281,8 Milliarden DM begrenzen lassen, wie im geltenden Finanzplan vorgesehen.

In der Bilanz des Bundesfinanzministers für 1989 stehen bisher:

- Subventionsabbau	0 Milliarden DM
- Steuererhöhungen	5 Milliarden DM
- Ausgabenbegrenzung	0 Milliarden DM
<hr/>	
Zusammen	5 Milliarden DM

Erstaunlich ist, daß der Bundesfinanzminister überhaupt keine Bemühungen erkennen läßt, diesen Beschluß, dem er selber zugestimmt hat, ordnungs- und pflichtgemäß zu erfüllen. Offenbar will er sich aus der Affäre ziehen, indem er - unter Verdrehung des eindeutigen Kabinettsauftrags - die verbleibende Fünf-Milliarden-Lücke durch die Verbuchung eines Bundesbankgewinns schließt, von dem derzeit überhaupt nicht sicher ist, ob und in welcher Höhe er anfällt.

Damit bestätigt Stoltenberg wieder einmal, daß er keine seriöse Haushaltspolitik betreibt, sondern ein riskantes Finanzroulette spielt. Darüber hinaus schiebt er den Schwarzen Peter dem Parlament zu, das seinem windigen Haushaltsentwurf erst zustimmen und ihn dann nachbessern muß.

(-/8.6.1988/rs/ks)

\* \* \*

**Bessere Chancen für Frauen im Sport**

**Zur Dominanz der Männer in den Verbänden**

**Von Waltraud Steinhauer MdB  
Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages**

Für die SPD haben die Gleichbehandlung und Chancenverbesserung der Frauen im Sport seit jeher eine große Bedeutung.

Schon in den Zielsetzungen der Arbeitersportbewegung war die Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen im Sport eine Selbstverständlichkeit, ein wichtiges soziales und bildungspolitisches Element.

Die Entwicklung der „Sozialen Offensive im Sport“ durch die SPD ist eine zeitgemäße Fortentwicklung.

Trotzdem: Die Fakten bestätigen, daß von einer angemessenen Förderung der Frauen und Mädchen im Sport und ihrer Beteiligung an den Führungsaufgaben der Sportorganisationen nicht die Rede sein kann.

In weiten Bereichen ist der Sport immer noch ein Privileg der Männer, von Kameraden-Vereinigungen, Vatertags-Clubs und Herren-Zirkeln, je nach Sportart und den angeblichen Traditionen.

An diesen Führungsstrukturen hat auch die Tatsache nichts wesentliches geändert, daß der Anteil der Frauen und Mädchen von den mehr als 20 Millionen Mitgliedschaften in rund 64.000 Sportvereinen inzwischen 36 Prozent (circa 7,2 Millionen) beträgt.

Ein weiterer Zahlenvergleich beweist, daß Frauen im Sport in erster Linie dort gefragt sind, wo praktische Arbeit, etwa im Kinder- und Jugendbereich, gefragt ist.

So sind Frauen und Mädchen in den Führungsgremien der Vereine mit etwas über 20 Prozent beteiligt.

Im Bereich der Landessportbünde, wo vor allem auch bildungs- und sozialpolitische Aufgaben bestimmt und gefördert werden, sinkt der „Frauenanteil“ bei den sogenannten Führungsaufgaben rapide: Nur noch neun Prozent.

Innerhalb der Fachverbände muß sogar von einer latenten Diskriminierung der Frauen und Mädchen bei der Vergabe wichtiger Ehrenämter gesprochen werden. Der Anteil von lächerlichen fünf Prozent ist eine ungeheure Zumutung.

An dieser gesamten Misere kann auch der „Elf-Prozent-Anteil“ der Frauen im Präsidium sowie den Ausschüssen und Beiräten des Deutschen Sportbundes nichts ändern.

Die gegenwärtigen Diskussionen um „Frauenförderpläne im Sport“ sind zumindest dazu geeignet, auch im politischen Bereich gezielte und dauerhafte Maßnahmen zugunsten einer Chancenverbesserung der Frauen und Mädchen im Sport zu forcieren.

Dazu gehören eine größere Beteiligung von Frauensport-Themen an sportwissenschaftlichen Forschungsvorhaben, Überprüfung der Strukturen und Inhalte des Schul- und Hochschulsports, einschließlich des Sports für behinderte Mitbürger. Ebenso können die Angebote für Spiel und Sport älterer Mitbürgerinnen erheblich intensiviert werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch ein Umdenken bei der zeitlichen Vergabe und der baulichen Konzeption und Ausstattung von Sportanlagen. Hier werden die Bedürfnisse der berufstätigen Frauen und auch Hausfrauen immer noch unzureichend berücksichtigt.

Bund, Länder und Gemeinden haben es in der Vergangenheit auch versäumt, in den Bereichen, wo sie unmittelbare Verantwortung tragen, etwa beim Bundesgrenzschutz und in den Länderpolizeien sowie in der öffentlichen Verwaltung insgesamt, das Thema „Frauen im Sport“ mit Ernsthaftigkeit zu verfolgen.

Die SPD wird in Kürze durch geeignete Initiativen und mit der Neufassung der „Sportpolitischen Leitsätze“ wichtige Beiträge leisten.

(-/8.6.1988/rs/ks)

\* \* \*

Kommunale Wirtschaftsförderung intensivieren

Zur Notwendigkeit, Entwicklungshemmnisse zu beseitigen

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Noch immer gibt es zwischen kommunaler Wirtschaftsförderung, entsprechender Landes- und Bundespolitik eine Art Schwarzer-Peter-Spiel. Nach dem Motto „Hannemann, geh Du voran“ wird die Verantwortung für die Umstrukturierung und die Förderung der vorhandenen Wirtschaft gerne den „Anderen“ zugeschoben. Wirtschaftsförderung muß jedoch in der Kommunalpolitik einen wesentlich höheren Stellenwert erhalten als bisher. Der kommunalen Wirtschaftsförderung muß es vor allem und in erster Linie um die unmittelbaren Belange der örtlichen Wirtschaft gehen. In die Kompetenz dieser örtlichen Wirtschaftsförderung fällt dabei auch die Umweltverbesserungs- und Stadterneuerungspolitik, sowie Kultur- und Freizeitpolitik.

Die Wirtschaftsförderung im Kreis, in Städten und Gemeinden sollte sich verstärkt um die vorhandenen Betriebe, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Industrie- und Dienstleistungsbereich bemühen. Ein umfassendes Dienstleistungsangebot für diese Unternehmen sollte im Mittelpunkt seiner Aktivitäten stehen. Bei dieser Bestandspflege geht es dann vor allem auch um das Ausräumen von Entwicklungshemmnissen, eine Arbeit, der Vorrang eingeräumt werden muß vor dem traditionellen Bemühen um die Ansiedlung neuer Betriebe.

So hat die kommunale Wirtschaftsförderung dazu beizutragen, daß auch entwicklungshemmende Konflikte zwischen der Wirtschaftsförderung, der Stadtplanung und der Umweltplanung vermindert werden.

Die Wirtschaftsförderung vor Ort muß sich stärker als bisher der Aufgabe widmen, zunächst über eingefahrene administrative Verfahrensabläufe und politische Entscheidungsprozesse zu informieren. Gegebenenfalls geht es auch darum, übertriebene administrative Aufgaben abzubauen und Genehmigungsverfahren für neue Bauten zu beschleunigen.

Darüber hinaus sollte die kommunale Wirtschaftsförderung neue Formen der politischen Diskussion und der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Interessen entwickeln. Hierzu gehören zum Beispiel regionale Konferenzen, Gesprächskreise mit entsprechender Themenstellung und Zusammensetzung. Diese Aufgabe darf nicht nur den Presseorganen oder örtlichen Banken überlassen werden, sondern ist zunächst eine originäre Aufgabe der entsprechenden Institutionen vor Ort. Wichtig ist ferner die Erkenntnis, daß Entwicklungserfolge häufig nur in enger Zusammenarbeit mit anderen Kommunen zu erreichen sind. Insofern muß die kommunale Wirtschaftsförderung auch auf Zusammenarbeit mit angrenzenden Institutionen bedacht sein.

Schließlich kommen Erfolge der Wirtschaftsförderung im allgemeinen nicht nur einer einzelnen Gemeinde zu Gute, sondern einer ganzen Region. Insofern ist es gut, wenn es neben gemeindlichen Wirtschaftsförderungsinstitutionen übergeordnete Anlaufstellen auf Kreisebene oder zwischen verschiedenen Städten beziehungsweise Gemeinden gibt. Eine derartige regionale Entwicklungsgesellschaft kann durchaus als Beratungs-, Vermittlungs- und Koordinierungsstelle zu einem Interessenausgleich beitragen und stets vorhandenes Rivalitätsdenken überwinden.

(-/8.6.1988/rs/ks)